



# Bundesanzeiger

Herausgegeben vom  
Bundesministerium der Justiz  
und für Verbraucherschutz

Die auf den folgenden Seiten gedruckte Bekanntmachung entspricht der Veröffentlichung im Bundesanzeiger.

## Daten zur Veröffentlichung:

Veröffentlichungsmedium: Internet

Internet-Adresse: [www.bundesanzeiger.de](http://www.bundesanzeiger.de)

Veröffentlichungsdatum: 28. August 2018

Art der Bekanntmachung: Jahresabschlüsse

Veröffentlichungspflichtiger: HVV Hamburger Verkehrsverbund Gesellschaft mbH,  
Hamburg

Fondsname:

ISIN:

Auftragsnummer: 180812008323

Verlagsadresse: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Amsterdamer Straße 192,  
50735 Köln

Dieser Beleg über eine Veröffentlichung im Bundesanzeiger hat Dokumentencharakter für Nachweiszwecke. Wir empfehlen daher, diesen Beleg aufzubewahren. Zusätzliche beim Verlag angeforderte Belege sind **kostenpflichtig**.



**HVV Hamburger Verkehrsverbund Gesellschaft mbH**

**Hamburg**

**Jahresabschluss zum 31.12.2017**

**Bilanz zum 31.12.2017**

**Aktivseite**

	EUR	EUR	31.12.2016 TEUR
<b>A. Anlagevermögen</b>			
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>			
1. Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	418.575,06		260
2. Geleistete Anzahlungen	388.915,22		226
		807.490,28	486
<b>II. Sachanlagen</b>			
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		243.746,53	342
		1.051.236,81	828
<b>B. Umlaufvermögen</b>			
<b>I. Vorräte</b>			

	EUR	EUR	31.12.2016 TEUR
1. unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	68.720,00		0
2. Fertige Erzeugnisse und Waren	393.895,65		0
		462.615,65	0
<b>II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	409.490,82		603
davon gegen Gesellschafter € 16.852,62 (Vj. TEUR 33)			
2. Forderungen aus Aufwandsausgleich	0,00		12
davon gegen Gesellschafter € 0,00 (Vj. TEUR 12)			
3. sonstige Vermögensgegenstände	4.259.400,73		2.044
davon gegen Gesellschafter € 542.827,29 (Vj. TEUR 242)		4.668.891,55	2.659
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		530.482,36	1.465,00
		5.661.989,56	4.124
C. Rechnungsabgrenzungsposten		103.050,26	127
		6.816.276,63	5.079

**Passivseite**

	EUR	EUR	31.12.2016 TEUR
<b>A. Eigenkapital</b>			
I. Gezeichnetes Kapital	60.000,00		60
		60.000,00	60
<b>B. Rückstellungen</b>			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	3.299.374,00		3.172
2. Steuerrückstellungen	0,00		67
3. sonstige Rückstellungen	654.082,90		748



	EUR	EUR	31.12.2016 TEUR
		3.953.456,90	3.987
<b>C. Verbindlichkeiten</b>			
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	143.089,23		94
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.783.626,78		403
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 1.783.626,78 (Vj. TEUR 403)			
3. Verbindlichkeiten aus Aufwandsausgleich	520.798,89		0
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 520.798,89 (Vj. TEUR 0)			
davon gegen Gesellschafter € 520.798,89 (Vj. TEUR 0)			
4. sonstige Verbindlichkeiten	355.304,83		535
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 355.304,83 (Vj. TEUR 535)			
davon aus Steuern € 76.740,85 (Vj. TEUR 138)			
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit € 18.610,38 (Vj. TEUR 17)			
		2.802.819,73	1032
		6.816.276,63	5.079

### Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2017

	EUR	EUR	2016 TEUR
1. Umsatzerlöse		5.813.900,30	5.377
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		68.720,00	0
3. sonstige betriebliche Erträge		5.511.634,28	5.439
4. Materialaufwand			
Aufwendungen für bezogene Leistungen	3.488.888,44		3.122



	EUR	EUR	2016 TEUR
		3.488.888,44	3.122
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	4.330.439,47		4.177
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	994.264,77		826
davon für Altersversorgung € 277.467,92 (Vj. TEUR 138)			
		5.324.704,24	5.003
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		341.101,11	334
7. sonstige betriebliche Aufwendungen		2.054.792,29	2.098
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		3.470,31	13
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		136.422,80	139
davon Aufwendungen aus Aufzinsung: € 136.422,80 (Vj. TEUR 139)			
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-47.669,37	-129
11. Ergebnis nach Steuern		4.146,64	4
12. sonstige Steuern		-4.146,64	-4
13. Jahresüberschuss/-fehlbetrag		0	0

## Anhang für das Geschäftsjahr 2017

### 1. Allgemeine Angaben

Die HVV GmbH hat ihren Sitz in Hamburg und ist in das Handelsregister beim Amtsgericht Hamburg eingetragen. (Reg.Nr. HRB 10497)

Der Jahresabschluss 2017 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches in der Fassung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) und des GmbH-Gesetzes aufgestellt. Er wurde entsprechend den Vorgaben des Gesellschaftsvertrages nach den Grundsätzen für große Kapitalgesellschaften gemäß § 264 ff. HGB erstellt.

Für die Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung wird das Gesamtkostenverfahren angewendet.

## 2. Grundsätze der Bilanzierung und Bewertung

Die im Folgenden beschriebenen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten, vermindert um die planmäßigen und außerplanmäßigen Abschreibungen, bewertet. Die Nutzungsdauer für immaterielle Vermögensgegenstände wird mit drei bzw. fünf Jahren, die der Betriebs- und Geschäftsausstattung zwischen drei und dreizehn Jahren zugrunde gelegt. Die Abschreibungen erfolgen linear und werden gemäß den geltenden Vorschriften pro rata temporis vorgenommen.

Die geringwertigen Anlagegüter mit einem Anschaffungswert bis zu 410,00 EUR werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben. Die Vorjahressammelposten werden bis zum jeweiligen Ablauf der 5 Jahresfrist abgeschrieben.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden zum Nominalbetrag bilanziert. Sie werden bei Uneinbringlichkeit ausgebucht. Einzelwertberichtigungen waren nicht vorzunehmen.

Die Kassenbestände und Guthaben bei Kreditinstituten lauten auf Euro und sind zum Nominalwert angesetzt.

Im Rechnungsabgrenzungsposten sind Ausgaben abgegrenzt, die zum Aufwand für einen bestimmten Zeitraum nach dem Bilanzstichtag führen.

Das Eigenkapital wird zum Nennbetrag gemäß § 272 Abs. 1 S. 2 HGB bilanziert.

Die Bewertung der Pensionsverpflichtungen erfolgt gemäß IDW RS HFA 30 nach dem ratierlichen Anwartschaftsbarwertverfahren. Rechnungsgrundlage waren die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck sowie ein Rechnungszins von 3,68 % zum 31. Dezember 2017. Die Ermittlung der Pensionsverpflichtung erfolgte auf Basis der Gehaltsdaten zum 31. Dezember 2017 und einem Gehalts- und Rententrend von 2 % p. a. sowie einer Fluktuationsquote von 0 %. Gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB. sind die Altersversorgungsverpflichtungen im Jahresabschluss unter Zugrundelegung des durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen zehn Geschäftsjahre bewertet worden. Im Vergleich zur Abzinsung mit dem Sieben-Jahres-Durchschnittszins von 2,80 % ergibt sich zum 31. Dezember 2017 ein Unterschiedsbetrag von 386 TEUR, der gemäß § 253 Abs. 6 S. 2 HGB potenziell ausschüttungsgesperrt ist. Eine Ergebnisausschüttung wird im Geschäftsjahr 2017 nicht durchgeführt.

Die Bewertung der Rückstellung für Altersteilzeit erfolgt gemäß IDW RS HFA 3 unter Berücksichtigung der durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) geänderten Bewertungsvorschriften. Den Berechnungen wurden die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck mit einem Rechnungszins von 1,26 % entsprechend der durchschnittlichen Restlaufzeit sowie einen Einkommenstrend von 2 % p.a. zugrunde gelegt.

Die Steuerrückstellungen und die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewisse Verpflichtungen und sind nach dem Betrag, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, bewertet.

Die Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert. Soweit kein Rückzahlungsanspruch mehr besteht, werden sie ausgebucht.

Aktive und passive latente Steuern werden, soweit vorhanden, miteinander saldiert. Über den Saldierungsbereich hinausgehende aktive Steuerlatenzen werden in Ausübung des Wahlrechts gemäß § 274 Absatz 1 Satz 2 HGB nicht aktiviert.

### BILANZERLÄUTERUNGEN

#### 1. Anlagevermögen

Die Aufgliederung des Anlagevermögens im Anlagenspiegel ist aus der Anlage 1 zu entnehmen.

## 2. Vorräte

Die im Geschäftsjahr 2017 ausgewiesenen Vorräte beinhalten unfertige Leistungen in Höhe von (69 TEUR) für die Dispositionsplattform sowie Warenbestände in Höhe von (394 TEUR) für den Bestand an Chipkarten für die Einführung und den Betrieb des eTicketings.

## 3. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	Gesamtbetrag EUR	Restlaufzeit unter 1 Jahr EUR	Gesamtbetrag Vor- jahr EUR
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	409.490,82	409.490,82	603.230,61
Forderungen aus Aufwandsausgleich	0,00	0,00	12.040,22
Sonstige Vermögensgegenstände	4.259.400,73	4.259.400,73	2.043.651,53
Summe	4.668.891,55	4.668.891,55	2.658.922,36

Bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind Forderungen gegen Gesellschafter in Höhe von 17 TEUR enthalten.

In den sonstigen Vermögensgegenständen sind im Wesentlichen die Kapitalanlage bei der HGV (3.700 TEUR) sowie Anspruch auf Steuererstattungen (543 TEUR) gegenüber der FHH (Gesellschafter), Finanzamt für Großunternehmen in Hamburg, enthalten.

## 4. Forderungen aus Aufwandsausgleich

Die Forderungen aus Aufwandsausgleich entstanden im Vorjahr aus dem Unterschiedsbetrag zwischen den auszugleichenden Aufwendungen und den Vorauszahlungen der Gesellschafter.

## 5. Flüssige Mittel

Die flüssigen Mittel beinhalten zum Stichtag 31. Dezember 2017 einen Kassenendbestand in Höhe von 3 TEUR und ein Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 527 TEUR.

## 6. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten beinhaltet im Wesentlichen gezahlte Versicherungsbeiträge, Marketingaufwendungen und IT-Kosten.

## 7. Gezeichnetes Kapital

Das voll eingezahlte Stammkapital beträgt am 31. Dezember 2017 60.000,00 EUR.

Gesellschafter sind:

	<b>31.12.2017</b>	<b>Vorjahr</b>
	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
Freie und Hansestadt Hamburg	51.300,00	51.300,00
Land Schleswig-Holstein	1.800,00	1.800,00
Landkreis Harburg	600,00	600,00
Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen mbH	1.200,00	1.200,00
Kreis Herzogtum Lauenburg	900,00	900,00
Kreis Pinneberg	900,00	900,00
Kreis Segeberg	900,00	900,00
Kreis Stormarn	900,00	900,00
Landkreis Lüneburg	900,00	900,00
Landkreis Stade	600,00	600,00
	<b>60.000,00</b>	<b>60.000,00</b>

## 8. Rückstellungen

Die Pensionsrückstellungen wurden mit 151 TEUR in Anspruch genommen, dem gegenüber steht eine Zuführung von 279 TEUR.

Die sonstigen Rückstellungen (654 TEUR) betreffen Urlaubsrückstellungen (88 TEUR), Altersteilzeitverpflichtungen (170 TEUR), Jubiläumswendungen (115 TEUR), Betriebskostenabrechnungen (100 TEUR), Kundenzufriedenheitserhebung (25 TEUR), Prüfung der Einnahmenaufteilung (16 TEUR), Aufstellungs- und Prüfungskosten für den Jahresabschluss sowie Steuerberatung (18 TEUR) und sonstige ausstehende Lieferantenrechnungen (122 TEUR).

## 9. Verbindlichkeiten

Die Fristigkeiten der Verbindlichkeiten ergeben sich aus der folgenden Darstellung:

	<b>Gesamtbetrag</b>	<b>davon Restlaufzeit</b>	<b>Gesamtbetrag Vor-</b>
	<b>EUR</b>	<b>unter 1 Jahr</b>	<b>jahr</b>
		<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
Erhaltene Anzahlungen	143.089,23	143.089,23	94.414,29
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.783.626,78	1.783.626,78	402.891,26
Verbindlichkeiten aus Aufwandsausgleich	520.798,89	520.798,89	0,00



	<b>Gesamtbetrag EUR</b>	<b>davon Restlaufzeit unter 1 Jahr EUR</b>	<b>Gesamtbetrag Vor- jahr EUR</b>
Sonstige Verbindlichkeiten	355.304,83	355.304,83	535.020,08
davon gegenüber Behörden d. FHH	76.740,85	76.740,85	138.262,21
davon aus Steuern	76.740,85	76.740,85	138.262,21
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	18.610,38	18.610,38	17.196,70
<b>Summe</b>	<b>2.802.819,73</b>	<b>2.802.819,73</b>	<b>1.032.325,63</b>

Die Verbindlichkeiten aus Aufwandsausgleich entsteht aus dem Unterschiedsbetrag zwischen den Vorauszahlungen der Gesellschafter im Geschäftsjahr und den auszugleichenden Aufwendungen nach Feststellung des Jahresergebnisses.

## ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

### 1. Umsatzerlöse

Aufgliederung nach Tätigkeitsbereichen unter Berücksichtigung des BilRUG.

	<b>2017 EUR</b>	<b>Vorjahr EUR</b>
Marktkommunikation	2.391.612,41	2.358.865,68
AG Absatz	549.141,55	371.676,71
Verkehrserhebung	666.485,92	623.935,99
EAV inkl. AFZS-Bus	522.753,59	537.197,09
eTicketing	795.750,50	604.890,08
Qualitätssteuerung Projekt	107.889,09	108.861,12
Qualitätssteuerung Vertrieb	20.299,59	23.804,95
Haltestellenumfeld-Koordination	183.011,30	162.763,87
Kundendialog	171.897,14	131.992,10
Einnahmensicherung	204.691,04	160.862,52
Verbünderkooperation	14.250,00	14.250,00



	<b>2017 EUR</b>	<b>Vorjahr EUR</b>
Miet- u. Dienstleistung KCW GmbH	60.912,00	60.912,00
Sonstige Umsatzerlöse	125.206,17	217.289,16
Summe	5.813.900,30	5.377.301,27

Die sonstigen Umsatzerlöse beinhalten im Geschäftsjahr 2017 im Wesentlichen Einnahmen aus Sonderaufgaben für die Verkehrsunternehmen und Weiterberechnungen sowie Erstattungen.

## 2. Sonstige betriebliche Erträge

Sonstige betriebliche Erträge unter Berücksichtigung des BilRUG.

	<b>2017 EUR</b>	<b>Vorjahr EUR</b>
Erträge aus der Aufwandserstattung der Gesellschafter	5.458.152,24	5.422.722,93
Erträge aus Fördermittel	0,00	0,00
Übrige Erträge	53.482,04	16.965,81
Summe	5.511.634,28	5.439.688,74

Die übrigen Erträge beinhalten im Geschäftsjahr 2017 im Wesentlichen Periodenfremde Erträge (26 TEUR) und Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (16 TEUR).

## 3. Materialaufwand

Der Materialaufwand beinhaltet Aufwendungen für Marketing und Werbemaßnahmen, bezogene Fremdarbeiten und Fremdleistungen in Höhe von TEUR 3.489.

## 4. Personalaufwand

	<b>2017 EUR</b>	<b>Vorjahr EUR</b>
Löhne und Gehälter	4.330.439,47	4.176.793,03
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	994.264,77	826.435,04
Summe	5.324.704,24	5.003.288,07

## 5. Abschreibungen

Die Abschreibungen beinhalten im Wesentlichen Aufwendungen für Abschreibungen von immateriellen Wirtschaftsgütern 189 TEUR und Abschreibungen von Sachanlagevermögen 152 TEUR.

#### 6. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten im Wesentlichen Aufwendungen für Inanspruchnahme von Dienstleistungen, sonstige Dienstleistungen, die Miet- und Nebenkosten, Beiträge und Versicherungen, Bürobedarf, Fortbildungskosten sowie Jahresabschluss- und Buchführungskosten. Von den Aufwendungen betreffen 73 TEUR periodenfremde Sachverhalte.

#### 7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Die Sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge bestehen im Wesentlichen aus erhaltenen Skonti.

#### 8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Der Aufwand aus der Aufzinsung von Pensions-, Jubiläums- und Altersteilzeitrückstellungen beträgt 136 TEUR.

#### 9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Im Geschäftsjahr 2017 ergeben sich latente Steuern, die aus den von steuerlichen Grundsätzen abweichenden Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen resultieren und sich wie folgt darstellen:

	<b>Handelsbilanz EUR</b>	<b>Steuerbilanz EUR</b>	<b>Differenz EUR</b>	<b>Latente Steuern (Steuersatz: 32,275) EUR</b>
Pensionsrückstellungen	3.299.374,00	2.138.306,00	1.161.068,00	
Altersteilzeitrückstellungen	169.591,00	160.652,00	8.939,00	
Jubiläumsrückstellungen	114.929,00	85.682,00	29.247,00	
<b>Summe</b>	<b>3.583.894,00</b>	<b>2.384.640,00</b>	<b>1.199.254,00</b>	<b>387.059,23</b>
davon aus Vorjahren			1.108.757,00	357.851,32

Auf eine Aktivierung der vorstehenden aktiven Steuerlatenzen wurde in Ausübung des Wahlrechts des § 274 Absatz 1 Satz 2 HGB verzichtet.

Das handelsrechtliche Ergebnis vor Steuern beläuft sich auf insgesamt 52 TEUR, eine Aktivierung von aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge erfolgte nicht.

#### SONSTIGE ANGABEN

##### 1. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Der Gesamtbetrag der finanziellen Verpflichtungen beläuft sich auf 2.081 TEUR.

Aus Mietverträgen (Objekt Steindamm 94) entstehen für 2018 voraussichtlich Verpflichtungen in Höhe von 382 TEUR und für die Folgejahre 1.401 TEUR.

Der Mietvertrag hat eine Laufzeit von fünfzehn Jahren, mit einer Option auf weitere fünf Jahre, und ist erstmalig zum 31.08.2022 mit einer Frist von 11 Monaten kündbar.

Zum 31.12.2017 bestanden offene Aufträge mit einem Wert von 298 TEUR, die in 2018 abgewickelt werden.

## **2. Angaben zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern**

Der Personalbestand betrug im Jahresdurchschnitt 65 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr 64) ohne Geschäftsführung.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter setzen sich im Geschäftsjahr aus 65 Angestellten bei keinen gewerblichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zusammen.

## **3. Abschlussprüferhonorar**

Für die Prüfung des Jahresabschlusses werden 13.400,00 EUR in Rechnung gestellt.

## **4. Nicht marktübliche und wesentliche Geschäfte mit nahestehenden Personen**

Als marktunübliches und wesentliches Geschäft mit nahestehenden Personen ist die im Gesellschaftsvertrag festgelegte Fehlbetragsfinanzierung durch die Gesellschafter zu benennen.

## **5. Nachtragsbericht**

Nach Abschluss des Geschäftsjahres 2017 sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten.

## **6. Angaben zu den Organen der Gesellschaft**

### **Aufsichtsrat**

Herr Andreas Rieckhof

Staatsrat, Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation Hamburg

Vorsitzender

Herr Michael Roesberg

Landrat, Landkreis Stade, stellvertretender Vorsitzender

Frau Mona Andresen

Regierungsdirektorin, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein

Frau Christine Beine

Bereichsleiterin, Geschäftsbereich Infrastruktur, Handelskammer Hamburg

Herr Raimund Brodehl

Stellvertretender Amtsleiter, Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation Hamburg



Herr Dr. Rolf-Barnim Foth

Stabsbereichsleiter, Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation Hamburg

Herr Stefan Geisendörfer

Regierungsdirektor, Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation Hamburg

Frau Petra Grewe

Beteiligungsreferentin, Finanzbehörde Hamburg

Herr Martin Huber

Amtsleiter, Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation Hamburg

Herr Jürgen Krumböhmer (eingetreten 01.01.2017)

Erster Kreisrat, Landkreis Lüneburg

Herr Klaus Kucinski

Ltd. Kreisbaudirektor, Kreis Stormarn

Herr Dr. Christoph Mager

Landrat, Kreis Herzogtum Lauenburg

Frau Dr. Liane Melzer

Bezirksamtsleiterin, Bezirksamt Altona

Herr Hans-Joachim Menn (ausgetreten 31.12.2017)

Geschäftsführer, Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen mbH

Frau Marit Pedersen

Abteilungsleiterin, Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen Hamburg

Herr Rainer Rempe

Landrat, Landkreis Harburg

Herr Jan Peter Schröder

Landrat, Kreis Segeberg

Herr Oliver Stolz

Landrat, Kreis Pinneberg

Frau Dr. Tina Wagner

Stellvertretende Abteilungsleiterin, Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation Hamburg

Für die Aufsichtsratssitzungen wurden im Geschäftsjahr 2017 Sitzungsgelder in Höhe von 4.340,00 EUR gezahlt.

### **GESCHÄFTSFÜHRUNG**

Die Geschäftsführung setzte sich im Geschäftsjahr wie folgt zusammen:

- Lutz Aigner, – Sprecher der Geschäftsführung –
- Dietrich Hartmann

Die Bezüge der Geschäftsführung im **Berichtsjahr** stellen sich wie folgt dar:

	Erfolgsunabhängige Bezüge		Erfolgsabhängige Bezüge	Gesamtbezüge	Versorgungsaufwendungen
	Grundgehalt in TEUR	Nebenleistungen in TEUR	in TEUR	in TEUR	in TEUR
Aigner, Lutz	164	14	26	204	122
Hartmann, Dietrich*	128	7	26	161	25
Summen	292	21	52	365	147

\* Herr Dietrich Hartmann ist beurlaubter Beamter der Freien und Hansestadt Hamburg

Hinsichtlich der Angaben zu den Gesamtbezügen früherer Mitglieder der Geschäftsführung wurde die Erleichterung gemäß § 286 Abs. 4 HGB in Anspruch genommen.

Geschäftsführung und Aufsichtsrat haben eine Entsprechenserklärung nach dem Hamburger Corporate Governance Kodex (HCGK) abgegeben. Die Entsprechenserklärung ist als Anlage 2 beigefügt.

Hamburg, den 16. März 2018

**HVV Hamburger Verkehrsverbund Gesellschaft mbH**

*Lutz Aigner, Geschäftsführer*

*Dietrich Hartmann, Geschäftsführer*

**Anlagenspiegel 2017**

	<b>AHK Stand am 31.12.2016 EUR</b>	<b>Zugänge EUR</b>	<b>Abgänge EUR</b>	<b>AHK Stand am 31.12.2017 EUR</b>	<b>AfA Stand am 01.01.2017 EUR</b>	<b>AfA Zugänge EUR</b>
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>						
1. Entgelt erworben. Rechte	1.336.247,19	233.638,09	0,00	1.683.577,53	1.076.183,19	188.819,28
Geleistete Anzahlungen	225.457,25	277.150,22	0,00	388.915,22	0,00	0,00
<b>II. Sachanlagen</b>						
andere Anlagen, BGA	1.165.008,74	53.938,24	-41.491,38	1.177.455,60	822.871,74	152.281,83
Summe	2.726.713,18	564.726,55	-41.491,38	3.249.948,35	1.899.054,93	341.101,11
			<b>AfA Abgänge EUR</b>	<b>AfA-Kum. EUR</b>	<b>Buchwert Stand am 31.12.2017 EUR</b>	<b>Buchwert Stand am 31.12.2016 EUR</b>
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>						
1. Entgelt erworben. Rechte			0,00	1.265.002,47	418.575,06	260.064,00
Geleistete Anzahlungen			0,00	0,00	388.915,22	225.457,25
<b>II. Sachanlagen</b>						

	<b>AfA Abgänge EUR</b>	<b>AfA-Kum. EUR</b>	<b>Buchwert Stand am 31.12.2017 EUR</b>	<b>Buchwert Stand am 31.12.2016 EUR</b>
andere Anlagen, BGA	-41.444,50	933.709,07	243.746,53	342.137,00
Summe	-41.444,50	2.198.711,54	1.051.236,81	827.658,25

### **Entsprechenserklärung für das Geschäftsjahr 2017**

Entsprechenserklärung 2017 zum HCGK

Hamburger Verkehrsverbund GmbH

Der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung der Hamburger Verkehrsverbund GmbH haben im Geschäftsjahr 2017 mit einer Ausnahme alle Regelungen des Hamburger Corporate Governance Kodex (HCGK) eingehalten, die jeweils vom Aufsichtsrat und der Geschäftsführung zu verantworten sind (Gliederungspunkte 3 – 7 des HCGK sowie deren Unterpunkte).

Von folgendem Punkt wurde abgewichen:

5.4.8 Falls ein Mitglied des Aufsichtsrates in einem Geschäftsjahr an weniger als der Hälfte der Sitzungen des Aufsichtsrates persönlich teilgenommen hat, soll dies im Bericht des Aufsichtsrates und in der Entsprechenserklärung zum HCGK vermerkt werden.

Zwei Mitglieder waren nur an der Hälfte der Sitzungen anwesend, zwei Mitglieder nur bei einer Sitzung.

Pinneberg, den 16. April 2018

gez.

## **Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017**

### **1. Geschäft und Rahmenbedingungen**

#### **1.1. Allgemeine Grundlagen**

Eine Fahrkarte, ein Tarif und ein abgestimmtes Verkehrsangebot, das sind die Vorteile eines Verkehrsverbundes und nach diesem Prinzip arbeitet auch der Hamburger Verkehrsverbund (HVV). Zur Umsetzung dieser Aufgabe wurde die Gesellschaft Hamburger Verkehrsverbund GmbH (HVV GmbH) gegründet. Heute übernimmt die HVV GmbH für drei Bundesländer, sieben Kreise und Landkreise, 30 Verkehrsunternehmen und rund 3,4 Mio. Einwohner das Management des gesamten Verkehrsangebotes, d. h. für alle Bus-, Fähr- und Schienenverkehrsleistungen im HVV.

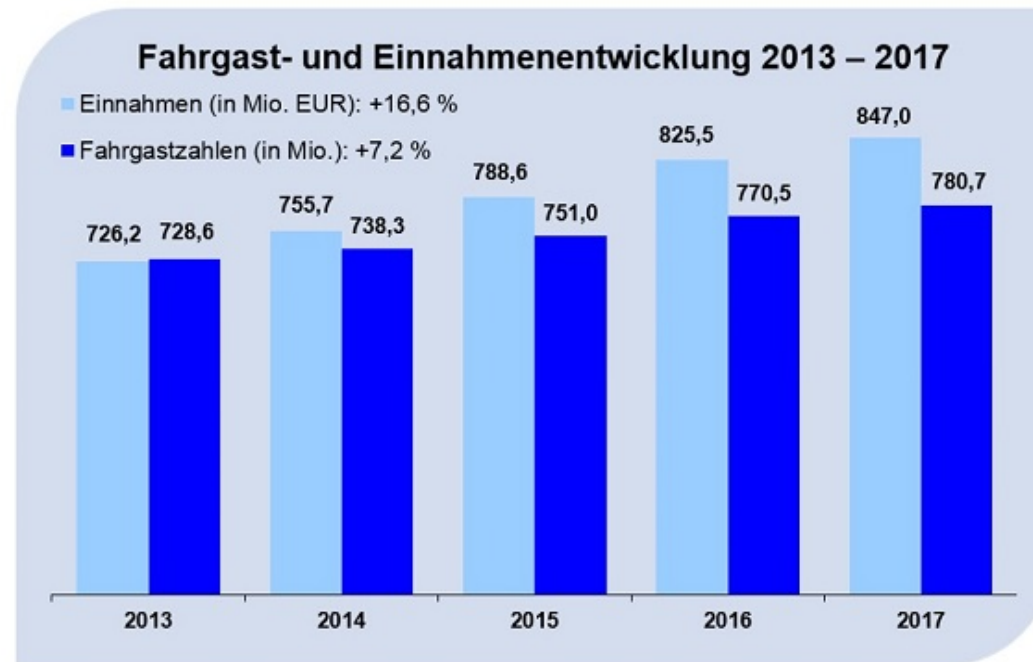




### Fahrgast- und Einnahmenentwicklung des Verbundes

Trotz der deutlich geringeren Anzahl an Werktagen aufgrund der besonderen Feiertagslage (z.B. Reformationstag) sowie stark gesunkener Flüchtlingszahlen haben sich die Nachfragekennziffern des Hamburger Verkehrsverbundes im Jahr 2017 äußerst positiv entwickelt.

Die Fahrgastzahl im Jahr 2017 ist gegenüber dem Vorjahr von 770,5 Millionen auf 780,7 Millionen angestiegen. Dies bedeutet eine Steigerung um 1,3 Prozent bzw. 10,2 Millionen Fahrgästen. Die Fahrgeldeinnahmen sind im Jahr 2017 gegenüber dem Vorjahr von 825,5 Millionen Euro auf 847,0 Millionen Euro gewachsen, was einer Steigerung um 2,6 Prozent bzw. 21,5 Millionen Euro entspricht. Dabei resultieren etwa 10,5 Millionen Euro Mehreinnahmen aus der letzten Tarifierhebung vom 01. Januar 2017.



Die erfreuliche Nachfrageentwicklung resultiert hauptsächlich aus der überdurchschnittlich gestiegenen Nachfrage bei den Zeitkarten des Berufsverkehrs und den sonstigen Drittangeboten (Länder- und KombiTickets etc.). Die Nachfragegewinne in diesen Fahrkartensegmenten konnten die Rückgänge im Schüler- und Auszubildendenverkehr und im Segment der für Flüchtlinge notwendigen HVV-Mobilitätskarte soweit kompensieren, dass ein positives Gesamtnachfrageergebnis verzeichnet wurde. Im Jahr 2017 verzeichnen die Allgemeinen Zeitkarten eine im Vergleich zum Vorjahr anhaltend positive Nachfrageentwicklung. Die Fahrgastzahl stieg im Jahr 2017 um 9,5 Millionen bzw. 4,0 Prozent auf 248,3 Millionen an.

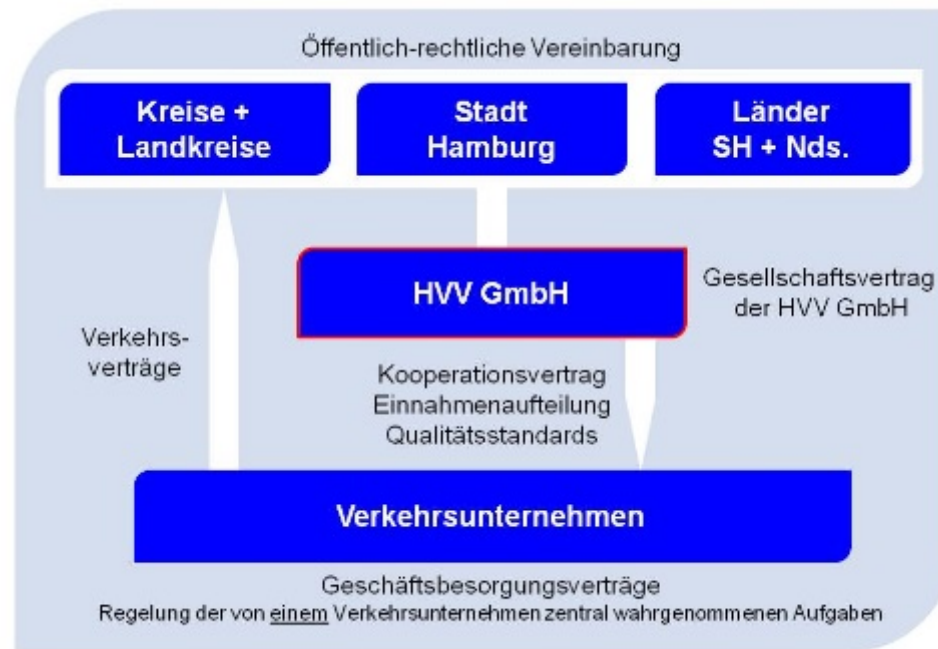
## 1.2. Organisatorische Struktur

Die HVV GmbH ist in ein drei Ebenen-Model eingebunden. In dieser Aufgabenteilung wird von der politischen Ebene die Aufgabenträger- und Bestellerfunktion für den ÖPNV wahrgenommen. In deren Auftrag übt die HVV GmbH Regie- und Managementfunktionen aus. Die Verkehrsunternehmen sind für die Erstellung der Leistung verantwortlich. Ihre Arbeit wird im Hinblick auf ein integriertes, für die Kundinnen und Kunden leicht zugängliches Angebot vom HVV koordiniert.



Die verantwortlichen Gebietskörperschaften (Aufgabenträger), als Gesellschafter der HVV GmbH, finanzieren den entstehenden Aufwand der HVV GmbH in Form eines Fehlbetragsausgleichs. Im Rahmen des jährlich erstellten Wirtschaftsplanes werden dem Aufsichtsrat die Projektschwerpunkte zur Genehmigung vorgelegt. Im Aufsichtsrat der HVV GmbH wird nicht nur die Gesellschaft kontrolliert, sondern es werden auch die wesentlichen Entwicklungen der Nahverkehrspolitik im HVV-Gebiet diskutiert.

Der zweite wesentliche Finanzierungsblock besteht aus Beiträgen der Verkehrsunternehmen, die dauerhafte zentrale Verbundtätigkeiten (ZVH) beauftragen.



Als Plattform zur Erfüllung der umfangreichen Koordinations-, Führungs- und Steuerungsaufgaben im Verbund stehen im Wesentlichen Gremien, wie die Aufgabenträgerversammlung und der Unternehmensbeirat mit den angeschlossenen Arbeitskreisen sowie der Fahrgastbeirat der HVV GmbH zur Verfügung. In überregionalen Gremien vertritt die Gesellschaft die Interessen der Aufgabenträger des ÖPNV im Verbundgebiet.



Ferner werden von der HVV GmbH verbundübergreifende operative Leistungen erbracht, die von den beteiligten Verbundverkehrsunternehmen (VVO) getragen werden.

**Zentrale Verbundaufgaben der HVV GmbH (ZVH):**

- ▶ Verkehrserhebung
- ▶ Einnahmenaufteilung
- ▶ Kundendialog
- ▶ Marktkommunikation
- ▶ eTicketing

- ▶ Einnahmensicherung
- ▶ Haltestellenumfeld-Koordination
- ▶ Qualitätssteuerung

Entsprechend dem Gesellschaftsvertrag besteht die Geschäftsführung aus zwei Personen, die die Gesellschaft gemeinsam vertreten. Eine Geschäftsanweisung regelt die Zusammenarbeit in der Geschäftsführung.

Das Unternehmen untergliedert sich in folgende Bereiche und Stabsstellen:



### 1.3. Personal

Die Kapazitäten der Personalressourcen werden auf Basis des Vollzeitäquivalent (VZÄ) ermittelt, um eine bessere Vergleichbarkeit zu gewährleisten.

Im **Jahresdurchschnitt** betrug die Personalkapazität der HVV GmbH ohne Berücksichtigung von geringfügig Beschäftigten und Aushilfen 67 Vollzeitäquivalente (Vorjahr 66 VZÄ).

Der Personalbestand wies zum **Stichtag 31.12.2017** insgesamt 66,00 VZÄ (inkl. Geschäftsführung) aus. Hiervon waren 23,85 Vollzeitäquivalente drittfinanziert (ZVH, Elternzeit, Altersteilzeit etc.). Daraus resultiert, dass der bestehende Stellenplan für das Geschäftsjahr 2017 von 44,5 genehmigte Planstellen zum Stichtag 31.12.2017 nicht überschritten wurde. Die Anzahl der Teilzeitkräfte betrug zum Ende des Geschäftsjahres 21 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (hiervon 13 weiblich), dies entspricht 14,0 Vollzeitäquivalente (hiervon 7,75 VZÄ weiblich).

Des Weiteren waren 10 Einsatzkräfte (hiervon 5 weiblich) auf Stundenbasis für Zählungen und Befragungen am 31.12.2017 beschäftigt, die im Rahmen der ZVH-Aufgaben finanziert wurden.

#### Personelle Kapazität (VZÄ)

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
vollzeitbeschäftigt:			
weiblich	17,00	15,00	2,00
männlich	35,00	37,00	-2,00
teilzeitbeschäftigt:			
weiblich	7,75	8,55	-0,80
männlich	6,25	4,85	1,40
Gesamt	66,00	65,40	0,60

#### Altersteilzeit

Zum 31.12.2017 befanden sich 2 Beschäftigte in der passiven Phase der Altersteilzeit.

#### Schwerbehinderte und ihnen gleichgestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die Beschäftigungsquote Schwerbehinderter betrug zum Stichtag 31.12.2017 5,66 % (4,0 Personen). Die gesetzliche Pflichtquote lag für die Gesellschaft bei 3,53 Personen.

#### Elternzeit

Am Jahresende befand sich eine Mitarbeiterin in Elternzeit.

#### Aus- und Weiterbildung

Die Ausbildungsstelle mit dem Ausbildungsziel „Kaufrau für Marketingkommunikation“ wurde im Jahr 2017 wieder besetzt. Ferner konnte die HVV GmbH auch 2017 das „Freiwilliges Ökologisches Jahr“ (FÖJ) unterstützen und eine Einsatzstelle für ein ökologisches Bildungsjahr anbieten.

#### Arbeitnehmervertretung

Die Belegschaft wird durch einen Betriebsrat vertreten. Es besteht eine ungekündigte Betriebsvereinbarung, die in Anlehnung an den Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst der deutschen Länder die linearen Gehaltsanhebungen übernimmt.

## **2. Ablauf des Geschäftsjahres**

Das Geschäftsjahr 2017 verlief in dem von der Geschäftsführung geplanten Rahmen.

Neben der Wahrnehmung der Basisaufgaben der Gesellschaft sind im Berichtsjahr insbesondere folgende Aktivitäten zu nennen:

- die weitere Umsetzung der technischen und organisatorischen Voraussetzungen und Start der Einführung des eTicketing im gesamten HVV Verbundraum in enger Zusammenarbeit mit den Verbundverkehrsunternehmen;
- die Entwicklung und praktische Erprobung einer Dispositionsplattform für flexible Verkehre im Rahmen eines Forschungsprojektes;
- der Beginn der Arbeiten zur technischen Reorganisation und marktorientierten Aktualisierung der HVV-Website;
- die Einführung des HVV-Wohn- und Mobilitätskostenrechners;
- die Beteiligung an den Planungen für den Ausbau der Schnellbahnen (U4, U5, S21, S4);
- die Prüfung möglicher Alternativen zur südlichen Tariferweiterung im SPNV;
- die Unterstützung der Verkehrsunternehmen bei der Durchführung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Fahrgeldhinterziehung im Rahmen der Einnahmensicherung;
- die Implementierung eines Haltestellenkatasters;
- die Schaffung der Voraussetzungen für die Einrichtung eines Kompetenz-Centers IT im Verbund;
- die Planung, Koordination und Begleitung von Maßnahmen zur Umsetzung einer vollständigen Barrierefreiheit nach dem PBefG;
- die Vorbereitung des Projektes „Check in-Be out“ für ein smartphonebasiertes Ticketing.

Weitere Schwerpunkte der Arbeit waren vor dem Hintergrund der finanziellen Situation der öffentlichen Hand die Anpassungen von Verkehrsleistungen, das Thema Wettbewerb im ÖPNV und SPNV sowie die Durchführung und Begleitung von Ausschreibungen.

Sofern mit den Rahmenbedingungen der Gesellschaft vereinbar, wurden Erträge von Dritten erwirtschaftet. Der geplante Fehlbetragsausgleich wurde im Geschäftsjahr um 11,0 % unterschritten und liegt 0,7 % über dem Wert des vorangegangenen Jahres.

Nachfolgende Aufstellungen geben einen zusammenfassenden Überblick über die Entwicklung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft jeweils zum Vorjahresergebnis.

### **2.1. Ertragslage**

Zur Darstellung der Ertragslage dient die folgende auf der Grundlage der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung erstellte und nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten gegliederte Ergebnisrechnung.



	2017		2016		Veränderung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Umsatzerlöse/Zuschüsse	5.814	51,0	5.377	49,7	437
Bestandsveränderungen	69	0,6			69
Erstattung der Gesellschafter	5.458	47,9	5.423	50,1	35
Sonstige betriebliche Erträge	53	0,5	17	0,2	36
▶ Betriebsertrag	11.394	100,0	10.817	100,0	577
Materialaufwand	-3.489	-30,6	-3.122	-28,8	-367
Personalaufwand	-5.325	-46,8	-5.003	-46,3	-322
Planmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Anlagevermögen	-341	-3,0	-334	-3,1	-7
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.055	-18,0	-2.098	-19,4	43
Zins- / Skontoergebnis	-132	-1,2	-126	-1,2	-6
▶ Ergebnis vor Steuern	52	0,4	134	1,2	-82
Ertragssteuern	-48	-0,4	-130	-1,2	82
Gewinnunabhängige Steuern	-4	0,0	-4	0,0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0,0	0	0,0	0

Der Anstieg der **Umsatzerlöse** ist im Wesentlichen auf umfangreichere Aktionen der Marktkommunikation im Zuge des Absatzmarketings sowie auf höhere Aufwendungen für die Einführungsaktivitäten des eTicketings im Vergleich zur Vorperiode zurückzuführen.

Im Einzelnen setzen sich die **Umsatzerlöse** von Dritten unter Berücksichtigung von BilRUG wie folgt zusammen:

	2017 TEUR	2016 TEUR
Marktkommunikation	2.392	2.359
Marktkommunikation AG Absatz	549	371



	<b>2017 TEUR</b>	<b>2016 TEUR</b>
Verkehrserhebung	666	624
Einnahmenaufteilung	523	537
eTicketing	796	605
Haltestellenumfeld-Koordination	183	163
Kundendialog	172	132
Einnahmensicherung	205	161
Qualitätssteuerung Projekt	108	109
Qualitätssteuerung Vertrieb	20	24
Sonstige Umsatzerlöse	125	217
Miet- und Dienstleistungsverträge mit der KCW GmbH, Berlin	61	61
Kostenerstattungen Verbündekooperation	14	14
Umsatzerlöse	5.814	5.377

Die sonstigen Umsatzerlöse beinhalten im Berichtsjahr 2017 im Wesentlichen Einnahmen aus Sonderaufgabe für Verkehrsunternehmen sowie Weiterberechnungen und Erstattungen.

<b>Bereich</b>	<b>Aufwand TEUR</b>	<b>Ertrag TEUR</b>	<b>Ausgleichsbetrag TEUR</b>
Regie	5.864	406	5.458
Marktkommunikation (inkl. AG Absatz)	2.951	2.951	0
Verkehrserhebung	669	669	0
Einnahmenaufteilung	523	523	0
eTicketing	810	810	0
Haltestellenumfeld-Koordination	183	183	0
Kundendialog	172	172	0
Einnahmensicherung	205	205	0
Qualitätssteuerung	20	20	0

Bereich	Aufwand TEUR	Ertrag TEUR	Ausgleichsbetrag TEUR
Gesamt	11.397	5.939	5.458
zuzüglich 19 % USt			1.037
Gesamt Erstattung der Gesellschafter			6.495

Unter **Bestandsveränderungen** wird das im Berichtsjahr begonnene und noch nicht abgeschlossene Projekt zur Entwicklung und Erprobung einer „Hamburger Dispositionsplattform für flexible Bedienung (HaDiF)“ ausgewiesen.

Der handelsrechtliche Aufwandsüberschuss der Gesellschaft wird durch die gesellschaftsvertraglich festgelegte **Erstattung der Gesellschafter** (Aufwandsausgleich) gedeckt. Der Fehlbeitragsausgleich wird zur Deckung von 47,9 % des Gesamtaufwandes des Unternehmens benötigt.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** beinhalten im Berichtsjahr 2017 im Wesentlichen periodenfremde Erträge.

Der **Materialaufwand** beinhaltet im Wesentlichen Aufwendungen für Marketing und Werbemaßnahmen, bezogene Fremdarbeiten und Fremdleistungen sowie IT-Kosten. Diese dienen der Wahrnehmung der zentralen Verbundaufgaben, die an die VVU weiterbelastet werden.

Der gestiegene **Personalaufwand** ist hauptsächlich begründet in den tariflichen Gehaltsanpassungen, geringeren Auflösungen von Pensionsrückstellungen sowie eine erhöhte Anzahl von Beschäftigten im Vergleich zur Vorjahresperiode.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** enthalten unter anderem Büromieten, Kosten für Fremdarbeiten, EDV- und Softwarewartung, Bürobedarf und Drucksachen sowie weitere übliche Verwaltungskosten.

Unter der Position **Zins- / Skontoergebnis** werden Skontoerträge (4 TEUR) ausgewiesen, sowie Zinsaufwendungen (-136 TEUR) im Zusammenhang mit den Rückstellungsverpflichtungen.

Ein **Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag** ist, gesellschaftsvertraglich bedingt, grundsätzlich ausgeschlossen.

## 2.2. Finanzlage

Über die Liquiditätssituation und die finanzielle Entwicklung gibt folgende Kapitalflussrechnung Aufschluss:

	2017 TEUR	2016 TEUR
Periodenergebnis (vor Aufwandsausgleich der Gesellschafter)	-5.458	- 5.423
Abschreibung (+) auf Gegenstände des Anlagevermögens	341	334
Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0	0
Abnahme (-)/Zunahme (+) der langfristigen Rückstellungen	-32	173

	2017 TEUR	2016 TEUR
Abnahme (-)/Zunahme (+) der sonstigen Rückstellungen	-2	62
Zunahme (-)/Abnahme (+) der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zugeordnet sind	-549	-217
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zugeordnet sind	1.770	240
▶ Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-3.930	- 4.831
Einzahlungen (+) aus Verkauf Anlagevermögen	2	0
Auszahlungen (-) für Investitionen in das Anlagevermögen	-565	-447
▶ Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-563	-447
Ertragswirksame Erstattungen der Gesellschafter	5.458	5.423
▶ Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	5.458	5.423
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	965	145
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	3.265	3.120
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	4.230	3.265

Im Geschäftsjahr 2017 war die Zahlungsfähigkeit jederzeit gegeben.

Die flüssigen Mittel des Finanzmittelfonds sind bei der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH (HGV) als Tagesgelder angelegt (3.700 TEUR), sowie Bestandteile der Geschäftskonten bei der Hamburger Sparkasse AG, Hamburg, (458 TEUR), der HSH Nordbank AG, Hamburg, (69 TEUR) und der Kasse (3 TEUR).

### 2.3. Vermögenslage

In der folgenden Übersicht zur Vermögenslage sind die einzelnen Posten der Bilanz nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst. Die Guthaben bei der HGV sind den flüssigen Mitteln zugeordnet.

	31.12.2017		31.12.2016		Veränderung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Immaterielle Vermögensgegenstände	807	11,8	486	9,6	321
Sachanlagen	244	3,6	342	6,7	-98

	31.12.2017		31.12.2016		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
► Anlagevermögen	1.051	15,4	828	16,3	223
Unfertige Erzeugnisse	69	1,0			69
Fertige Erzeugnisse / Waren	394	5,8			394
Liefer- und Leistungsforderungen	409	6,0	603	11,9	-194
Forderungen aus Aufwandsausgleich	0	0,0	12	0,2	-12
Sonstige Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungsposten	663	9,7	371	7,3	292
Flüssige Mittel	4.230	62,1	3.265	64,3	965
► Umlaufvermögen	5.765	84,6	4.251	83,7	1.514
Gesamtvermögen	6.816	100,0	5.079	100,0	1.737
Gezeichnetes Kapital	60	0,9	60	1,2	0
► Eigenkapital	60	0,9	60	1,2	0
Pensionsrückstellungen	3.299	48,4	3.172	62,5	127
Altersteilzeitrückstellungen	170	2,5	331	6,5	-161
Jubiläumsrückstellungen	115	1,7	113	2,2	2
► Längerfristiges Fremdkapital	3.584	52,6	3.616	71,2	-32
Steuerrückstellungen			67	1,3	-67
Übrige Rückstellungen	369	5,4	304	6,0	65
Erhaltene Anzahlungen	143	2,1	94	1,9	49
Liefer- und Leistungsverbindlichkeiten	1.784	26,2	403	7,9	1.381

	31.12.2017		31.12.2016		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Verbindlichkeiten aus Aufwandsausgleich	521	7,6	0	0	521
Übrige Verbindlichkeiten	355	5,2	535	10,5	-180
▶ Kurzfristiges Fremdkapital	3.172	46,5	1.403	27,6	1.769
▶ Fremdkapital	6.756	99,1	5.019	98,8	1.737
Gesamtkapital	6.816	100,0	5.079	100,0	1.737

Die Investitionen in **immateriellen Vermögensgegenstände** bestanden im Wesentlichen aus Softwarekomponenten in Rahmen des Relaunches der HVV-Website sowie weitere Ergänzungen zur verbundweiten Einführung des eTicketings.

Die Entwicklung der **Sachanlagen** ist das Ergebnis der Investitionen in der routinemäßigen Ergänzung und Erneuerung von Hardwarekomponenten sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung und der planmäßigen Abschreibung. Das Unternehmen verfügt neben 4 Personenwagen sowie den üblichen Betriebs- und Geschäftsausstattungen eines Bürounternehmens über kein weiteres Anlagevermögen.

Unter **Unfertige Erzeugnisse** wird der Anteil der noch nicht abgerechneten Entwicklungskosten des Projektes zur Entwicklung und Erprobung einer Dispositionsplattform für flexible Bedienung (HaDiF) dargestellt.

Die **Fertigen Erzeugnisse / Waren** weisen den Bestand an Chipkarten für die Einführung und den Betrieb des eTicketings aus.

Die **Liefer- und Leistungsforderungen** resultieren im Wesentlichen aus der Jahresendabrechnung der im Geschäftsjahr durch die Gesellschaft erbrachten und gesondert gegenüber den VVU abgerechneten Leistungen im Zuge der Verkehrserhebung.

**Forderungen aus Aufwandsausgleich** entstehen aus dem Unterschiedsbetrag zwischen Vorauszahlungen der Gesellschafter und den auszugleichenden Aufwendungen nach Feststellung des Jahresergebnisses. Im Berichtsjahr ergaben sich keine Forderungen.

Die Position **sonstige Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungsposten** beinhaltet hauptsächlich Steuererstattungsansprüche (543 TEUR) sowie Abgrenzungen im Rahmen der Direktversicherung.

Die **flüssigen Mittel** setzen sich aus Kassenbeständen, Guthaben bei Kreditinstituten und bei der HGV angelegtem Tagesgeld zusammen.

Die **Eigenkapitalquote** liegt bei 0,9 % bei einer Erhöhung der Bilanzsumme um 34,2 %. Durch die gesellschaftsvertraglich vereinbarte Verlustausgleichsverpflichtung sowie adäquate unterjährige Abschläge auf die endgültige Ausgleichsverpflichtung, ist die geringe Kapitalausstattungsquote zu rechtfertigen.

Die Pensionsverpflichtungen gegenüber einem Geschäftsführer sowie für drei weitere Personen im Ruhestand bedingen die **Pensionsrückstellungen**. Im Berichtsjahr wurden 151 TEUR in Anspruch genommen, dem gegenüber steht eine Zuführung von 279 TEUR. Den kumulierten Verpflichtungen für Pensionszusagen steht das Betriebsvermögen im Wesentlichen in Form der Anlage bei der HGV sowie den Guthaben bei Kreditinstituten gegenüber.

Die **Rückstellung für Altersteilzeit**verpflichtungen veränderte sich im Geschäftsjahr durch Inanspruchnahme um -161 TEUR gegenüber der Vergleichsperiode.

Die **übrigen Rückstellungen** enthalten im Wesentlichen Verpflichtungen für nicht genommene Urlaubstage der Mitarbeiter/-innen (88 TEUR), ausstehende Lieferantenrechnungen (240 TEUR), Prüfungskosten des Jahresabschlusses und die Steuerberatung der GmbH (18 TEUR), Prüfungskosten der Einnahmenaufteilung (16 TEUR), Prüfungskosten der Qualitätssteuerung (7 TEUR).

In der Vorperiode wurde unter **Erhaltene Anzahlungen** das zwischenzeitlich abgewickelte Projekt „HVV-Wohn- und Mobilitätskostenrechner“ ausgewiesen. In der Berichtsperiode ist es das laufende Projekt „Hamburger Dispositionsplattform für flexible Bedienung (HaDiF)“ mit den erhaltenen Zahlungen für Entwicklungskosten und Investitionen.

Die **Liefer- und Leistungsverbindlichkeiten** ergeben sich aus Leistungsabrechnungen des laufenden Geschäfts. Die Steigerung gegenüber der Vorperiode ist im Wesentlichen begründet in der Abrechnung der ZVH-Maßnahmen. Aufgrund einer geringeren Etaausschöpfung im Geschäftsjahr führt dies zu Verbindlichkeiten gegenüber den VVU, die Abschlagszahlungen geleistet haben.

Die **Verbindlichkeiten aus Aufwandsausgleich** entstehen aus dem Unterschiedsbetrag zwischen Vorauszahlungen der Gesellschafter im Geschäftsjahr gemäß der Planung / Hochrechnung und den der HVV GmbH auszugleichenden Aufwendungen nach Feststellung des Jahresergebnisses.

Die **übrigen Verbindlichkeiten** beinhalten im Wesentlichen Verbindlichkeiten gegenüber Behörden der FHH, aus Steuern und Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit.

### 3. Umweltbericht

Der aktive Schutz unserer Umwelt wird als ganzheitliche Aufgabe der Unternehmensführung sowie als Bestandteil der Unternehmenskultur gelebt.

Die HVV GmbH handelt, soweit es im Rahmen eines Bürobetriebes möglich ist, ökologisch (Einsatz von Öko-Strom; energiesparender Beleuchtung; Umweltpapier) und fair (Einsatz von fair gehandelten Verbrauchsmaterialien). Ferner fördert die HVV GmbH im Sinne eines innerbetrieblichen Mobilitätsmanagements gezielt die Nutzung umweltfreundlicher Verkehrsmittel. Durch die Bereitstellung eines Großkundenabonnements (ProfiCard) legen die Mitarbeitenden das Gros dienstlicher Wege mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurück. Ebenso wird die Nutzung des Fahrrades unterstützt, in dem am Dienort u.a. witterungsgeschützte, abschließbare Abstellanlagen sowie Umkleide- und Duschmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Auch eine Flotte von Falträdern wird bereitgehalten.

Die Stellung des HVV als der wesentliche Partner im Mobilitätsverbund in der Region Hamburg wird durch eine Vielzahl von Aktivitäten der Verbundgesellschaft gefördert.

Dazu zählen zum einen längerfristig ausgerichtete Arbeitsschwerpunkte, wie die Vernetzung umweltfreundlicher Verkehrsmittel. Dies läuft unter der Dachmarke „Switchh“, die von der Hamburger Hochbahn AG entwickelt wurde. „Switchh“ bietet den Kunden mit StadtRAD und Carsharing ergänzende Verkehrsmittel zum umweltfreundlichen ÖPNV-Angebot.

Darüber hinaus engagiert sich die HVV GmbH in verschiedensten umweltbezogenen Fragen. So ist die HVV GmbH im Zuge des Hamburger Klimaplanes an der Erarbeitung eines CO<sub>2</sub>-Monitorings im Verkehrsbereich beteiligt. Weiterhin bringt sich die HVV GmbH in die fachliche Diskussion und inhaltliche Ausgestaltung der kommunalen Lärmaktions- und Luftreinhalteplanung ein und unterstützt - beispielsweise durch den neuen Wohn- und Mobilitätskostenrechner - eine auf Verkehrsreduzierung ausgerichtete Siedlungsgestaltung und -entwicklung. Schließlich wird im Rahmen des breit gefächerten Aufgabenfeldes der HVV-Haltestellenumfeld-Koordination an bisher fast 50 ausgewählten Haltestellen u.a. auch der Verschmutzung des öffentlichen Raumes aktiv entgegengewirkt.

### 4. Kundenbericht

#### 4.1. Kundendialog

Der Kundendialog der HVV GmbH war auch 2017 wieder ein wichtiges Bindeglied zwischen Fahrgästen, Verkehrsunternehmen und Aufgabenträgern im HVV. Da der Fahrgast den Kontakt gerne über einen zentralen Ansprechpartner sucht, lief ein großer Teil der rund 30.000 Kritiken, Anregungen und Verbesserungsvorschläge über das Kontaktformular des zentralen Internetauftritts des Verbundes ein, um dann an die jeweils zuständigen Partner weitergeleitet zu werden. In diesem Netzwerk gibt es zwischen allen beteiligten Unternehmen kurze Wege und schnelle Kommunikation im Interesse des Fahrgastes. Gleichwohl wird stets an weiteren Verbesserungen gearbeitet. Die Erkenntnisse aus der fortlaufenden Interaktion sowohl mit den Kunden als auch zwischen den einzelnen Beteiligten im Verkehrsverbund werden genutzt, um die Prozesse im Beschwerdemanagement noch effizienter zu gestalten. Wichtigstes Ziel ist es, die seit Jahren hohe Kundenzufriedenheit zu erhalten und möglichst noch zu steigern.

#### **4.2. HVV-Garantie**

Im Jahr 2011 hat der HVV ein umfassendes Pünktlichkeitsversprechen etabliert. Die HVV-Garantie besagt, dass ein Fahrgast, der aufgrund von Verspätungen oder Fahrtausfällen mehr als 20 Minuten zu spät an seinem Ziel ankommt, Anspruch auf eine Entschädigung in Höhe von mindestens 50 Prozent des Fahrpreises hat. Die HVV-Garantie gilt unabhängig davon, welche Ursache die Verspätung oder der Fahrtausfall hat.

Insgesamt wurden im Jahr 2017 69.123 Anträge mit einer Entschädigungssumme von insgesamt 99.540 EUR ausgezahlt. Der Verlauf der Antragstellung zeigt, dass Kunden sensibel auf einzelne Vorkommnisse reagieren, besonders im regionalen Eisenbahnverkehr im Umland mit vergleichsweise geringer Taktichte. Als Einzelereignisse mit hoher Antragszahl sind die Herbststürme „Xavier“ und „Herwart“ im Oktober 2017 hervorzuheben.

Das bezogen auf die Gesamtfahrgastzahl dennoch recht niedrige Antragsniveau ist ein Beleg für das insgesamt gute Pünktlichkeitsniveau der HVV-Verkehrsmittel, was auch durch Kundenzufriedenheitsbefragungen bestätigt wird.

Die HVV-Garantie wird laufend weiterentwickelt. Geplant ist die Einbindung der HVV-Garantie in „MeinHVV“ sowie die vereinfachte Garantieabwicklung für Nutzer von mobilen Endgeräten. Auch die zunehmende Bedeutung elektronischer Vertriebswege ist zu berücksichtigen.

#### **5. Risikobericht**

Zur Sicherung der Existenz des Unternehmens ist ein vorausblickendes und wirkungsvolles Risikomanagement ein wichtiger Bestandteil der Unternehmensführung. Sämtliche Risiken müssen von der Geschäftsführung überschaubar und kontrollierbar sein. Risiken werden infolgedessen in die unterjährige Vorausschau, die Mittelfristplanung und die Strategiegespräche einbezogen. Hierzu identifizieren und bewerten regelmäßig alle Bereiche ihre eventuellen Risiken, die zu einem regelmäßigen Risikobericht zusammengefasst und dem Management vorgetragen werden.

Im Bericht der Geschäftsführung zur wirtschaftlichen Lage wird der Aufsichtsrat zu allen ordentlichen Sitzungen über den Stand der Risikoanalyse informiert.

Bestandsgefährdende Risiken, die die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft nachhaltig beeinträchtigen können, sind aktuell nicht erkennbar.

Die Finanzierung des Unternehmens erfolgt durch die verantwortlichen Gebietskörperschaften als Gesellschafter und durch die Berechnung von Leistungen für Dritte.

Die Gesellschaft hält Personal in ordentlichen Beschäftigungsverhältnissen zur Wahrnehmung von Aufgaben für Dritte vor. Fallen diese drittfinanzierten Tätigkeiten weg, ist die Mitarbeiterzahl entsprechend anzupassen. Aus zeitlichen und gegebenenfalls sozialen Aspekten könnte dies zu einer unplanmäßigen Belastung des Etats führen.

Die liquiden Mittel der Gesellschaft werden in Form von Tagesgeldern bei der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH angelegt. Die Gesellschafter, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung sind sich darüber einig, dass die Anlage bei einem Unternehmen der öffentlichen Hand mit nur geringem Risiko behaftet ist.

Der gesellschaftsvertragliche Rahmen lässt keinen Handlungsspielraum zur Wahrnehmung von Chancen in Bezug auf eine Gewinnerreichung zu.



Neben den direkten monetären Risiken entstehen durch die zunehmende Bedeutung der Digitalisierung auch virtuelle Risiken im Fokus. So sind intensive und nachhaltige Anstrengungen in Bezug auf Datensicherheit und Datensicherung ein wesentlicher Bestandteil der Unternehmensführung, um Gefahren vom Unternehmen abzuwenden und der Verantwortung allen Beteiligten gegenüber gerecht zu werden.

## **6. Chancenbericht und Prognose**

Neben der Erfüllung der Basisaufgaben sind für das Unternehmen als Schwerpunkte für das Jahr 2018 zu nennen:

- die verbundweite Einführung des eTicketing;
- die Umsetzung des Probebetriebes „Check in-Be out“ für ein smartphonebasiertes Ticketing;
- die praktische Erprobung einer Dispositionsplattform für flexible Verkehre im Rahmen eines Forschungsprojektes;
- die Umsetzung der technischen Reorganisation und Aktualisierung der HVV-Website;
- die Integration und Positionierung des neu geschaffenen Kompetenz-Centers IT im Verbund;
- die weiteren Arbeiten an einer möglichen südlichen Tariferweiterung im SPNV;
- die Koordination der Maßnahmen zur vollständigen Barrierefreiheit nach dem PBefG;
- der Anschub weiterer operativer Maßnahmen im Zuge des demografischen Wandels und dessen Auswirkungen im ÖPNV;
- die Beteiligung an den Planungsarbeiten zum U- und S-Bahnausbau;
- die Mitwirkung beim weiteren Ausbau und der Optimierung der Busverkehre.

Aktuelle gesellschaftliche, politische oder wirtschaftliche Ereignisse können weitere ungeplante Aufgaben und Anforderungen der Aufgabenträger begründen.

Um alle sich bietenden strategischen Potenziale optimal ausschöpfen zu können werden die Chancen (und Risiken) des Unternehmens in einem jährlich stattfindenden Strategieworkshop, unter Teilnahme aller Führungskräfte, umfänglich dargelegt und erörtert. Die möglichen Chancen werden wirtschaftlich betrachtet und innerhalb des organisatorischen Rahmens umgesetzt.

Für das Geschäftsjahr 2018 werden keine wesentlichen Änderungen der Rahmenbedingungen erwartet. Im laufenden Jahr wird von leichten Zuwächsen im Umsatz und im Fremdleistungsetat ausgegangen.



Der Rahmen der Gesellschaft wird planerisch für die Folgejahre als unverändert unterstellt. Für das Jahr 2018 ist ein Ergebnisausgleich von 7.518 TEUR brutto durch die Gesellschafter vorgesehen. Vor diesem Hintergrund geht die Gesellschaft in der mittelfristigen Planung unter Einbeziehung aller ergebnisrelevanten Faktoren, von einer jährlichen Steigerung des Ergebnisausgleiches von durchschnittlich 1,9 % aus.

Hamburg, den 16.März 2018

**HVV Hamburger Verkehrsverbund Gesellschaft mbH**

*Lutz Aigner, Geschäftsführer*

*Dietrich Hartmann, Geschäftsführer*

**Bestätigungsvermerk der Wirtschaftsprüfer**

Wir haben den Jahresabschluss der HVV Hamburger Verkehrsverbund Gesellschaft mbH, Hamburg, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der HVV Hamburger Verkehrsverbund Gesellschaft mbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrates für den Jahresabschluss und den Lagebericht



Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

· identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.



- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
  - beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
  - ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
  - beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
  - beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
  - führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.
- Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.“